

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3070 –**

Wohngeld- und Mietenbericht 1999

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy,
Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4248 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3070 –
Wohngeld- und Mietenbericht 1999**

A. Problem

Nach § 8 Abs. 7 des Wohngeldgesetzes ist die Bundesregierung verpflichtet, in jedem zweiten Kalenderjahr einen Bericht über die Durchführung dieses Gesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum zu erstatten.

Nach dem vorliegenden Entschließungsantrag soll der Deutsche Bundestag Feststellungen u. a. über die Ursachen der Mietenentwicklung und über die Wohnungspolitik der alten und der neuen Bundesregierung treffen und die Bundesregierung auffordern, u. a. eine Fortschreibung der Raumordnungsprognose 2010 mit der zu erwartenden künftigen Haushalts-, Wohnungs- und Wohnbaulandentwicklung vorzulegen, die Abstimmung zwischen Wohnungs-, Steuer- und Mietenpolitik wieder herzustellen und bis 1. März 2001 den Entwurf eines Reformgesetzes zum II. Wohnungsbaugesetz vorzulegen.

B. Lösung

Mit dem Wohngeld- und Mietenbericht 1999 kommt die Bundesregierung ihrer gesetzlichen Berichtspflicht nach.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der PDS-Fraktion, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuss

C. Alternativen

Die CDU/CSU-Fraktion besteht auf der Annahme ihres Entschließungsantrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Wohngeld- und Mietenbericht 1999 auf Drucksache 14/3070 zur Kenntnis zu nehmen.
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/4248 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2000

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Berichtersteller

Wolfgang Spanier
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy und Wolfgang Spanier

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 124. Sitzung am 12. Oktober 2000 den Wohngeld- und Mietenbericht 1999 in erster Lesung beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen. In derselben Sitzung wurde der Entschließungsantrag – Bundestagsdrucksache 14/4248 – an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegte Entschließungsantrag soll den Deutschen Bundestag zu verschiedenen Feststellungen veranlassen u. a., dass nach 1998 andere Weichenstellungen in der Wohnungs- und Städtebaupolitik vorgenommen worden seien, die mittelfristig einen neuen Zyklus von Marktungleichgewichten einzuleiten drohten, dass die stufenweise Verschlechterung der steuerlichen Rahmenbedingungen den Mietwohnungsbau spürbar reduziert habe, dass die Bruttowarmmiete, die 1998 eine Steigerungsrate von nur 0,9 % aufgewiesen habe, nunmehr über 3 % betrage und dass die zum 1. Januar 2001 wirksamen Leistungsverbesserungen beim Wohngeld auch nicht annähernd den seit 1990 zu verzeichnenden Mietpreisanstieg ausglich.

Nach dem Entschließungsantrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, baldmöglichst eine Aktualisierung und Fortschreibung der Raumordnungsprognose 2010 mit der zu erwartenden Haushalts-, Wohnungs- und Wohnbaulandentwicklung vorzunehmen und über die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen dem Deutschen Bundestag zu berichten, die nach Auflösung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau verloren gegangene Abstimmung zwischen Wohnungs-, Steuer- und Mietenpolitik wieder herzustellen sowie bis spätestens zum 1. März 2001 den Entwurf eines Reformgesetzes zum II. Wohnungsbaugesetz vorzulegen.

III.

Die mitberatenden Ausschüsse haben den Wohngeld- und Mietenbericht 1999 jeweils zur Kenntnis genommen.

Was den Entschließungsantrag betrifft, hat der Rechtsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der PDS-Fraktion Ablehnung empfohlen.

IV.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlagen in seiner 42. Sitzung am 8. November 2000 beraten. Er empfiehlt einmütig, den Wohngeld- und Mietenbericht 1999 zur Kenntnis zu nehmen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfiehlt er, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist sich darin einig, dass der Wohngeld- und Mietenbericht 1999 ein gediegenes und übersichtliches Werk darstellt, aus dem der Stand der Wohnraumversorgung und der Mietenentwicklung abgelesen werden kann. Der Ausschuss begrüßt es auch, dass nach Aussage des Vertreters der Bundesregierung diese an der Fortschreibung der Raumordnungsprognose 2010 mit der zu erwartenden Haushalts-, Wohnungs- und Wohnbaulandentwicklung arbeitet und diese Prognose im Frühjahr 2001 vorlegen wird.

Keine Einigkeit gibt es im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über die Schlussfolgerungen, die aus dem Wohngeld- und Mietenbericht 1999 zu ziehen sind und über den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion.

Die Ausschussmehrheit lehnt den Entschließungsantrag ab trotz einzelner Inhalte, die sie mittragen könnte, wie z. B. die Forderung nach Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Reform des II. WoBauG. Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen enthält der Entschließungsantrag zu viel Polemik. Die Angst vor einer drohenden Wohnungsnot ist nach Ansicht der Ausschussmehrheit angesichts der insgesamt guten Wohnraumversorgung nicht begründet. Allerdings müsse die Diskussion über regionale und soziale Divergenzen fortgeführt werden.

Die CDU/CSU-Fraktion besteht auf der Annahme des Entschließungsantrags, dem auch die F.D.P.-Fraktion zustimmt. Beide Fraktionen sehen durch den Wohngeld- und Mietenbericht 1999 ihre Ansicht bestätigt, dass die alte Bundesregierung eine erfolgreiche Wohnungspolitik betrieben habe. Sie weisen auf neuere Zahlen hin, aus denen sich ein erheblicher Abschwung im Baugewerbe ergebe. Diese Entwicklung dürfe – etwa durch eine Minderung der Eigenheimzulage als Konsequenz aus dem Wohnungsleerstand in den neuen Ländern – nicht fortgeführt werden.

Die PDS-Fraktion hat sich im Ausschuss der Stimme enthalten. Sie weist u. a. darauf hin, dass sich die Wohnkostenbelastung nach dem Berichtszeitraum ungünstig entwickelt habe und dass die Wohnnebenkosten angestiegen seien. Der Wohnungsneubau sei unter den Ersatzbedarf gesunken. Dies müsse zu Wohnungsknappheit führen.

Berlin, den 8. November 2000

Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Berichtersteller

Wolfgang Spanier
Berichtersteller